

**Rede
von**

Christoph Bratmann, MdL

zu TOP Nr. 4 bis 9 – Abschließende Beratungen

**Rede zum Infektionsschutz in Schulen, Kitas und
Schülerverkehren während der Corona-Pandemie**

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/7352

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/6811

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/7822

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/7826

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/7055

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/7547

während der Plenarsitzung vom 22.01.2021
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Lieber Kollege Bajus, ich bin überhaupt nicht geneigt, das, was Sie hier vorgetragen haben, und das, was der Kollege Försterling für die FDP vorgetragen hat, als Oppositionsgemecker abzutun. Dafür ist das Thema zu ernst, und dazu waren auch die Beratungen zu den Anträgen, die hier heute zur Abstimmung stehen, im Kultusaus-schuss zu ernsthaft.

Es fällt allerdings auf, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die FDP und die Grünen überall da, wo sie nicht in Regierungsverantwortung stehen, Gesamtstrategien fordern, die sie dort, wo sie mitregieren, nicht liefern können. Das wird, glaube ich, ziemlich gut deutlich.

Ich will einen Blick zurückwerfen. Vor einem Jahr haben wir in der „Tagesschau“ Berichte aus dem fernen China darüber gesehen, dass sich ein Virus ausgebreitet habe. Ich glaube, fast allen hier im Saal ging es wie mir: Keiner konnte sich vorstellen, welche Auswirkungen das nur wenige Wochen später auf unser Leben hier in Deutschland und natürlich auch hier in Niedersachsen hat.

Der 13. März 2020 ist ein Tag, an den ich mich noch ziemlich gut erinnere. Das war ein Freitag, der 13. Ich bin nicht abergläubisch, aber dieser Tag war kein guter Tag für die Bildungspolitik und generell nicht für die Bildung in Niedersachsen. Das hatte keine Landesregierung verschuldet, das hatte auch keine Opposition verschuldet, sondern das hat ein Virus verschuldet. An diesem Tag ist festgelegt worden, dass die Schulen für mehrere Wochen - damals noch auf relativ unbestimmte Zeit - geschlossen werden müssen, um die Ausbreitung des neuartigen Coronavirus zu stoppen.

Wir sind in Niedersachsen damals im Vergleich zu anderen Bundesländern und vor allem auch im europäischen Vergleich relativ gut durch diese Zeit gekommen. Es gab nach den Osterferien, Ende April, Anfang Mai, Schritt für Schritt Schulöffnungen. Diese Landesregierung hat mit einem klaren Plan und mit einer stetigen Information der Lehrkräfte und Schulleitungen geliefert. Von daher war es aller Ehren wert, wie Niedersachsen sich bis zu den Sommerferien im Bildungsbereich geschlagen hat, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir haben zudem auch intensive Diskussionen über die Abiturprüfungen geführt. Es gab vielerorts sehr emotionale Debatten darüber, ob sie unter diesen Voraussetzungen überhaupt stattfinden können.

Ich kann sagen: Sie haben stattgefunden, sie haben erfolgreich stattgefunden. Die Abiturientinnen und Abiturienten des Abiturjahrgangs 2020 und auch alle anderen Prüfungsjahrgänge sind Gott sei Dank gut und erfolgreich durch ihre Prüfungen gekommen, und sie haben keinen Makel, dass sie dies im Corona-Jahr

2020 abgelegt haben. Das ist, glaube ich, ein sehr wichtiger Punkt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Nach den Sommerferien ging es bis zu den Herbstferien relativ gut weiter. Nach den Herbstferien kam der sogenannte Lockdown light. Es war ganz wichtig, dass diese Landesregierung zu dem Zeitpunkt, als Prioritäten gesetzt werden mussten, was geöffnet bleiben kann und was geschlossen werden muss, eine klare Priorität auf das Recht auf Bildung gesetzt hat, Kitas und Schulen weiter offengelassen hat. Über 80 Prozent der Schulen sind mit dem Präsenzunterricht durchgekommen, ohne von Corona-Maßnahmen beeinträchtigt zu sein. Das zeigt zum einen das, was der Kollege Toepffer vorhin schon gesagt hat: Es gibt keine hundertprozentige Sicherheit. - Aber zum anderen sind wir mit größtmöglicher Sicherheit und der größtmöglichen Sorgfalt bis kurz vor Weihnachten durchgekommen.

Es gab das Corona-Schutzpaket von 45 Millionen Euro, mit dem nicht angefangen wurde, die Schulen mit Hygienemaßnahmen und Schutzkleidung auszustatten; denn das hatten die Schulträger in der Regel schon vorher übernommen, weil es zum Teil ihre Aufgabe ist. Dieses Schutzpaket hat aber ergänzt und den Schulen die Möglichkeit gegeben, mit FFP2-Masken, mit Luftfiltergeräten, mit Plexiglasinstallationen und auch mit Schutzkleidung nachzurüsten. Parallel dazu sind bereits nach den Sommerferien Testungen für Lehrkräfte angeboten worden. Dafür sind 10 Millionen Euro zur Verfügung gestellt worden. Leider ist dieses Programm nur wenig genutzt worden. 9 Millionen Euro sind wieder zurückgeflossen.

Nun erleben wir zum Jahresbeginn die Situation eines erneuten Lockdowns. Unsere Schulen sind in den Szenarien B und C. Ich werde auf die aktuelle Situation gleich noch genauer eingehen.

Ich will aber zwei Aspekte, die Gegenstand der Anträge sind, herausgreifen.

Ein Aspekt ist das Thema Digitalisierung. Wir streiten hier nun schon seit einiger Zeit um den richtigen Weg in der Digitalisierung. Ein ganz wichtiger Aspekt dabei war auf Bundesebene die Aufhebung des Kooperationsverbots; denn diese hat überhaupt erst ermöglicht, dass die Millionen aus dem DigitalPakt Schule nach Niedersachsen fließen konnten.

Ich erinnere daran, dass es an zwei Bundesländern lag, dass sich das Ganze derart verzögert hat: dem grün geführten Baden-Württemberg und dem CSU-geführten Bayern. Diese haben lange blockiert, bis endlich die Mittel für die Digitalisierung freigestellt werden konnten. Ich glaube, das gehört zur Wahrheit dazu, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir haben dann dafür gekämpft, dass die Mittel schnell an die Kommunen kommen. Klar ist auch, wo die Nadelöhre liegen. Sie liegen bei den Kommunen. Es geht darum, auch ihnen die Möglichkeit zu geben, diese Mittel an die Schulen zu bekommen.

Das ist häufig ein Personalproblem, an dem fieberhaft gearbeitet wird. Dieses Problem existiert weniger in den großen Städten in Niedersachsen - etwa in Braunschweig, Hannover, Wolfsburg oder Oldenburg -, sondern in der Fläche. Das muss man sehr ernst nehmen. Der Landkreistag hat sich hierzu sehr stark positioniert.

Es finden Gespräche statt. Es wird nach Wegen gesucht, damit die Mittel, die im DigitalPakt Schule jetzt zur Verfügung gestellt werden, schneller abgerufen werden können und schneller an die Schülerinnen und Schüler und natürlich an die Lehrkräfte kommen.

Natürlich gehört auch zur Wahrheit, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass es Beharrungskräfte gibt, auch im System Schule - nicht nur in der Kultusbürokratie, auch bei den Lehrkräften. Klar, es fällt schwer, sich auf das Thema Digitalisierung umzustellen.

Ich glaube aber, diese Beharrungskräfte haben sich in den letzten zwölf Monaten deutlich aufgelöst. Denn es ist klar geworden: Ohne Digitalisierung kann gute Schule auch in Nicht-Pandemie-zeiten nicht mehr funktionieren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Somit ist es sehr begrüßenswert, dass sich rund 75 Prozent der niedersächsischen Lehrkräfte in den vergangenen Monaten in eine Fortbildung zum Thema Digitalisierung begeben haben. 58.000 Lehrkräfte haben sich bereits fortgebildet. Es ist Ziel dieser Landesregierung - das hat der Kultusminister mehrfach gesagt -, dass alle noch in diesem Jahr fortgebildet werden.

Die niedersächsische Bildungscloud ist an den Start gegangen.

Insgesamt hat die Pandemie in einem Brennglas aufgezeigt, welche Probleme und Schwächen es im Bildungssystem noch gibt. Das ist insbesondere im Bereich der Digitalisierung geschehen.

Ich bin froh, dass hier jetzt vieles auf den Weg gebracht wurde. Wir müssen dafür sorgen, dass es weitergeht, dass es schneller geht und dass unsere Schulen digitaler werden.

Klar ist aber auch: Digitalisierung ersetzt den Präsenzunterricht nicht. - Das hat ausgerechnet eine Firma in einem Zeitungsartikel geschrieben, die mit

Digitalisierung an Schulen ihr Geld verdient und deren Produkte eine große, landesweite Verbreitung haben. Sie haben völlig recht; jeder Pädagoge würde das sagen: Digitalisierung ersetzt nicht den Präsenzunterricht. - Die Schülerinnen und Schüler können ihren Lern- und Unterrichtsstoff zwar zu Hause aufarbeiten und bearbeiten, aber das Miteinander, das soziale Lernen ist in dieser Form zu Hause nicht zu gewährleisten.

Insofern müssen wir alles dafür tun, dass wir unsere Schulen zeitnah wieder öffnen können. Auch da herrscht doch Einigkeit mit den Rednerinnen und Rednern der Opposition, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Dem Thema „Luftfiltergeräte als Gegenstand“ von zwei Anträgen, die ebenfalls vorliegen und über die heute abgestimmt werden, ist - ich muss es so sagen - ein gewisser Populismus eigen; denn es wird so getan, als seien Luftfiltergeräte *die* Lösung, die uns wieder zu einem normalen Schulalltag zurückbringen könnte.

Das ist aber nicht der Fall. Das ist auch mehrfach im Kultusausschuss dargestellt worden - und zwar nicht von der Landesregierung, sondern auch von unabhängigen Experten. Es gibt nun mal klare Untersuchungen. Ich habe da großes Vertrauen in die Expertinnen und Experten des Bundesumweltamtes, die gesagt haben: Es gibt keine Alternative zum Stoßlüften nach der 20-5-20-Regel.

Luftfiltergeräte können ergänzend eingesetzt werden. Das passiert auch. Wenn in Kitas Luftfiltergeräte eingesetzt werden, dann ist das gut. Aber sie sind nicht dazu geeignet, völlige Sicherheit in den Klassenräumen zu schaffen.

Der Kollege Bajus hat vorhin von „schlecht lüftbaren Räumen“ gesprochen. In Schulen dürfen schlecht lüftbare Räume aktuell ganz einfach nicht genutzt werden, auch nicht mit Luftfiltergeräten. Das gehört zur Wahrheit dazu.

Luftfiltergeräte haben zwei Probleme: Das ist zum einen die Verfügbarkeit wirksamer Geräte. Diese waren einfach nicht so schnell verfügbar, dass man jeden Klassenraum damit hätte ausstatten können. Zum anderen ist es die Wirksamkeit. Nicht jedes Gerät ist wirksam. Und noch einmal: Sie garantieren keine Sicherheit.

Sonst müssten wir noch ganz andere Räumlichkeiten mit Luftfiltergeräten ausstatten. Man stelle sich vor, es gäbe Luftfiltergeräte, die 100 Prozent aller Viren aus der Luft filtern könnten. Dann müssten wir erst einmal unsere Pflegeheime mit Luftfiltergeräten ausstatten. Dann müssten wir sämtliche Krankenhäuser mit Luftfiltergeräten ausstatten. Wir müssten sämtliche Wartezimmer in Arztpraxen mit Luftfiltergeräten ausstatten. Das ist nicht passiert.

Ich glaube, es ist in hohem Maße populistisch, wenn man immer wieder suggeriert, Luftfiltergeräte brächten uns *die* Lösung. Es ist eine der möglichen Lösungen, aber sie gibt uns nicht die Sicherheit, die wir bräuchten, um Schulen und Kitas wieder komplett zu öffnen, sehr verehrte Damen und Herren. Das gehört zur Wahrheit dazu.

Vor diesem Hintergrund gehört es auch zur Ehrlichkeit dazu, dass klar benannt wird, dass der Titel des FDP-Antrags irreführend ist: „Schule pandemiefest machen“. - Schule kann man nicht pandemiefest machen. Es gibt keine 100-prozentige Sicherheit. Ich denke nicht, dass wir eine Schule wollen, die wie eine Intensivstation aussieht.

Auch Pflegeheime sind leider immer noch nicht pandemiefest. Das ist das große Problem dieser Pandemie, an dem wir fieberhaft arbeiten müssen. Wir können Schule nicht 100-prozentig pandemiefest machen. Wo Menschen zusammenkommen, nicht alle Schutzkleidung tragen und nicht bis oben hin verumumt sind, ist keine Pandemiefestigkeit auszumachen.

Insofern ist dieser Antrag mit seinem Duktus irreführend.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich will zum Schluss auf die aktuelle Situation blicken. Es wurde gesagt: Was muten wir den Eltern von Grundschulkindern zu, wenn wir sie selbst entscheiden lassen, ob ihre Kinder in die Schule gehen oder zu Hause lernen? - Dabei wird aber völlig die Frage außen vor gelassen, was wir den Eltern in Niedersachsen zumuten, wenn wir ihnen von vornherein das Distanzlernen aufdrücken.

Eltern sind dann für das Setting zu Hause zuständig, und nicht wenige sind damit überfordert, wofür ich großes Verständnis habe. Ein Ablehnen des Szenario B mit Verweis darauf, Eltern nicht die Verantwortung aufbürden zu wollen, lässt völlig außer Acht, dass zu Hause die Eltern verantwortlich sind und dass manche aus der Not heraus auch Situationen herbeiführen, die nicht Corona-konform sind - etwa wenn die Großeltern die Kinder betreuen oder wenn man sich mit anderen Familien zur Kinderbetreuung zusammentut.

Insofern ist die Schule im Wechselmodell mit Abstand häufig der sicherere Ort als zu Hause. Das sollte man meines Erachtens nicht außer Acht lassen.

Viele Eltern, die mich - und sicherlich auch viele andere Kollegen - angeschrieben haben, empfinden es nicht als auferlegte Bürde der Verantwortung, sondern als Entlastung, die Möglichkeit zu haben, gerade ihre Kinder im Grundschulalter in die Schule zu bringen. Denn es ist ein großer Unterschied, ob ein Zweitklässler

oder ein Neuntklässler zu Hause lernen muss, sehr geehrte Damen und Herren. Das weiß wohl jeder, der irgendwann einmal mit dem System Schule zu tun hatte.

Wir haben also Prioritäten gesetzt: Grundschule vor weiterführenden Schulen, weil es den Grundschülerinnen und Grundschülern ganz schwer zuzumuten ist, komplett zu Hause im Distanzlernen zu verweilen.

Insofern ist diese Entscheidung der Landesregierung natürlich eine schwierige, aber eine richtige.

Zum Abschluss kann ich nur sagen: Wir müssen unseren Schülerinnen und Schülern, den Lehrkräften und den Eltern aus dieser Debatte heraus und in dieser Situation drei Versprechen geben.

Ich komme zum Ende.

Wir können nichts garantieren, liebe Kolleginnen und Kollegen, aber wir müssen versprechen, dass wir alles dafür tun, dass an unseren Schulen Schutz und Sicherheit Vorrang haben. Wir müssen alles dafür tun, dass die Abschlussjahrgänge gute Prüfungen zu fairen Bedingungen ablegen können. Und wir müssen alles dafür tun, dass wir keine pädagogisch verlorene „Generation Corona“ produzieren.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.